

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 102 (2008)
Heft: 5

Artikel: Ohne Systemkritik keine prophetischen Konsequenzen
Autor: Duchrow, Ulrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-389959>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

• Die Problematik dieser Denkschrift mit dem Titel *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen* zeigt sich von Anfang an dadurch, dass sie offen lässt, wer in unserer Kirche dafür verantwortlich ist, aus den Grundsatzabwägungen heraus eine klare, orientierende, prophetisch adressierte Stellungnahme zu formulieren und einen strukturierten Prozess zu entwerfen, in dem alle Gliederungen der Kirche zu entsprechenden Entscheidungen und Handlungskonsequenzen befähigt werden. Eine solche Stellungnahme und ekklesiologische Folgerung kann m. E. nach biblischen Kriterien nur aus der Perspektive der leidenden und kämpfenden Opfer – und damit in Gemeinschaft mit der weltweiten Ökumene – erfolgen. Das fordert allein schon der erfreulicherweise aus der Bibel ausgewählte Leitbegriff «gerechter Friede». Unter dieser Perspektive möchte ich aus der Denkschrift einige zentrale Fragen kritisch untersuchen und zuspitzen, um damit zu einer öffentlichen Debatte darüber beizutragen und den Rat der EKD herauszufordern, kirchenpraktische und politische Konsequenzen aus den Einsichten und Defiziten der Denkschrift zu ziehen.

Problematische Aussagen

Zunächst möchte ich an einigen problematischen Zitaten aufzeigen, wo die Schwächen der Argumentation der Denkschrift liegen. Auf Seite 11 steht zum Beispiel der Satz «An den positiven Auswirkungen der Globalisierung haben die ärmsten Länder und ihre Bevölkerung viel zu geringen Anteil». Daraus muss man schliessen, dass die Kammer wie der Rat der EKD die Globalisierung grundsätzlich positiv finden, diese positiven Effekte aber leider noch nicht bis zu den ärmsten Ländern vorgedrungen sind. Halten es die deutschen Kirchen nicht für nötig, auch nur zu erwähnen, was Lutherischer Weltbund (LWB), Reformierter Weltbund (RWB) und Ökumenischer Rat der Kirchen (ÖRK) über

Ulrich Duchrow

Ohne Systemkritik keine prophetischen Konsequenzen

Kritik der EKD-Friedensdenkschrift 2007

Die Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) vom letzten Jahr ist ein Lehrstück über die Beschränkungen, denen sogenannte Kompromisspapiere oft unterliegen. Ulrich Duchrow legt die Schwächen schonungslos offen, weist aber gleichzeitig auf wichtige Einsichten und vorhandenes kritisches Potenzial hin, das trotz allem in der Denkschrift zu finden ist.

Jahre hin erarbeitet und in ihren Vollversammlungen – auch unter Mitwirkung deutscher Delegierter – an kritischen Positionen zur ökonomischen Globalisierung beschlossen haben?¹ Wenn man mit diesen schon nicht einverstanden ist, müsste man sie nicht wenigstens nennen? Und sind nicht gerade auf Grund der zunehmend verheerenderen Bezüge und Wechselwirkungen zwischen ökonomischen Interessen einerseits und geopolitisch-militärischen Interessen andererseits diese Befunde bei der Behandlung der Friedensfrage zentral zu berücksichtigen?

Die Denkschrift kommt sogar zu solch verharmlosenden und irreführenden Aussagen wie dieser: «Mit dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds, der Welthandelsorganisation usw. verfügt unsere Welt über ein Institutionengeflecht, das heute in die Lage versetzt werden sollte, die Globalisierung einem menschenwürdigen Leben aller Erdenbewohner dienstbar zu machen» (15). Ist dem Rat und der Kammer nicht bekannt, dass allen voran IWF, Weltbank

und WTO mit ihrer einseitig die Interessen der grössten transnationalen Konzerne und der reichen Länder begünstigenden neoliberalen Politikrezeptur eher zentraler Bestandteil der gegenwärtigen Probleme als Helfer zu deren Lösung sind und sie zudem die relevanten Abteilungen und zahlreiche gute Initiativen der UNO (etwa des UNDP) zunehmend schwächen und unterlaufen? Da reicht es nicht festzustellen, dass Liberalisierung und Deregulierung «häufig» die Probleme verstärken. Diese Politik ist gewollt und systemisch. Sorgfältig vermeidet die Denkschrift die Begriffe Neoliberalismus und Kapitalismus und ersetzt sie durch Verschleierungen wie «westliche Wirtschaftsformen». Damit verabschiedet man sich von jeder ernsthaften politisch-ökonomischen Analyse – die man übrigens nicht nur im Süden hätte finden können, sondern auch in den USA und Europa.

Zum Krieg gegen den Terror lesen wir: «Doch hat der nach dem September 2001 durch die US-Regierung ausgerufene «Krieg gegen den Terrorismus» die Gefahr (nur die Gefahr?, UD) mit sich gebracht,

*Guantánamo:
«Foltern, Misshandeln – wir?»; Chapatte am 11. Oktober 2007 in «Le Temps»*

dass auch demokratische Staaten und ihre Organe im Kampf gegen Gruppen, die Gesetze nicht achten, rechtsstaatliche Prinzipien verletzen» (25). Auch Guantánamo usw. wird erwähnt. Nicht in den Blick kommt aber die Frage, wie unter dem Stichwort «Terrorismus» in vielen Ländern die sozialen Bewegungen und auch die für gerechten Frieden engagierten Kirchenleute liquidiert werden wie z.B. in Kolumbien und den Philippinen – z.T. in direkter Komplizenschaft nicht nur mit US-Militär, sondern auch mit westlichen Konzernen. Und das nur deshalb, weil die Denkschrift auch Begriffe wie etwa «Terrorismus» einfach unkritisch so benutzt, wie sie die westliche Sprachregelung vorgibt.

Ebenso heisst es verharmlosend: «Auch die zunehmende Entschlossenheit einiger westlicher Länder, eigene Interessen mit Gewalt durchzusetzen, führt zu einer Beschädigung des westlichen Ansehens» (27). Das wird immerhin durch eine Beschreibung der Verflechtung von Weltwirtschaft und Militär ergänzt, und es wird auch vor «Eingreifoptionen» gewarnt (28). Aber weiss die Kammer nicht, dass die USA bereits 2001 725 Militärbasen rund um den Erdball installiert hatte (was sie inzwischen mit dem Krieg gegen den Terrorismus rechtfertigt)?² Und was bedeutet es, dass die damalige Bundesregierung – trotz ihrer wahlkampf begründeten Ablehnung des letzten Irakkrieges – den US-Amerikanern erlaubte, ihre Militärbasen in Deutschland als Ausgangspunkt für eben diesen Irakkrieg zu nutzen? Gilt das Grundgesetz nicht mehr, nach dem von deutschem Boden nie mehr Krieg ausgehen darf? Wie, wenn dies alles System hätte?

Hier rächt sich wieder das Ausblenden der ökumenischen Debatten zu den angeschnittenen Fragen. Schon die Generalversammlung des RWB in Accra hatte festgestellt: «Als Wahrheits- und Gerechtigkeitssuchende, die sich die Sichtweise der Machtlosen und Leidenden

zueigen machen, sehen wir, dass die gegenwärtige Welt-(Un)Ordnung auf einem ausserordentlich komplexen und unmoralischen Wirtschaftssystem beruht, das von (einem) Imperium verteidigt wird (11).»

Magere theologische Reflexion

Auch die biblischen Texte (37ff.) werden kontextlos zitiert – es fehlt jeder Hinweis auf die konkrete Auseinandersetzung der Propheten, der Tora, der apokalyptischen Texte des frühen Judentums, der Jesusbewegung und der Urchristenheit mit der Akkumulationswirtschaft seit dem 8. Jh. v. Chr.³ und den Imperien von Ägypten bis zum Römischen Reich.⁴ Dies entspricht dem Verzicht auf politisch-ökonomische Analyse im 1. Teil.

Es wird auch nicht erwähnt und in seiner Bedeutung reflektiert, dass die frühe Kirche der ersten drei Jahrhunderte klar auf Jesu Gewaltfreiheit verpflichtet war. Zum Thema *Religion und Gewalt* wird zwar auch auf die Verbreitung des Christentums mit Gewalt hingewiesen – aber nur als Missgriff (41), nicht als Strukturproblem der jahrhundertealten Anpassung der Kirche an das Imperium.⁵ Erfreulicherweise wird sogar ein Schulbekenntnis im Blick auf den Gebrauch von Gewalt in der Christentumsgeschichte ausgesprochen (45), aber es fehlt jegliche Reflexion über den Missbrauch der Religion für imperiale Gewalt heute. Was nehmen die Menschen heute weltweit von der jüdisch-christlichen Tradition wahr? Sie sehen Präsident Bush, gestützt von der religiösen Rechten in den USA, wie er sich für direkt von Gott berufen erklärt und wie er seine imperialen Kriege mit dem Namen Kreuzzug tauft. Säkularisiert heisst das in Europa: westliche Werte verteidigen und weltweit durchsetzen («Demokratie» und «freie» Marktwirtschaft). Wären wir 2003 «christlich»-demokratisch regiert gewesen, hätte unser Land am völkerrechtswidrigen Irakkrieg teilgenommen. Müsste unsere Kirche nicht den Namen Gottes

heiligen, indem sie solche Verkehungen offen ausspricht?

Sehr zu begrüßen ist das klare Bekenntnis zum *Leitbegriff des gerechten Friedens* (73ff.). Auch deutet die Denkschrift den möglichen Missbrauch des Friedensbegriffes an: «Das biblische Friedensverständnis enthält durch seinen unauflöselichen Bezug zur Gerechtigkeit einen Gesichtspunkt zur Unterscheidung von »wahrem« und »faulem« Frieden, der schon von den Propheten des Alten Testaments geltend gemacht wurde» (Jer 6,13f.) (76), aber es findet sich keine systematische Analyse der strukturellen Perversion des Friedensbegriffs in der Pax Romana, der heute in den USA mit der Pax Americana bewusst wiederbelebt wird, obwohl nahezu alle neutestamentlichen Schriften gerade auf die Kritik des römischen Unterdrückungsfriedens abzielen.

Ist Europas imperiale Machtpolitik Friedenspolitik?

Sinnvoll ist, dass die Denkschrift das vom UNDP eingeführte Konzept der *«menschlichen Sicherheit»* in den Mittelpunkt rückt (124 u.184ff.) und nicht nur die Bedeutung der UNO stärken, sondern die *parlamentarische Verantwortung und zivilgesellschaftliche Beteiligung* stärker in die Entscheidungsabläufe einbauen will (125ff.). Skandalös realitätsfern ist sie allerdings bei der Beurteilung der *«EU als Friedensmacht»* (142ff.). In geradezu euphorischer Weise behauptet sie: «Durch die Aufnahme mittel- und ost-europäischer Staaten kommt sie – im Zusammenwirken mit der NATO und deren Konzept des Stabilitätstransfers durch Erweiterung und Friedenspartnerschaften – einem freien Gesamteuropa immer näher. Dem entspricht ein durch den konventionellen Rüstungskontrollvertrag und das Wiener Dokument über vertrauensbildende Massnahmen entstandener Raum von nie da gewesener Transparenz und Vertrauensbildung in militärischen Angelegenheiten» (142).

Zur Europäischen Sicherheitsstrategie stellt sie dann fast im Widerspruch zum Vorangegangenen fest: «Bisher vollzieht sich aber der Prozess der steigenden Verantwortung der EU in der Welt sowohl in militärischer als auch in ziviler Hinsicht wenig transparent für Bürger und unter geringen Mitspracherechten der Parlamente. Vorwürfen einer Militarisierung ihrer Politik (z. B. durch die Einrichtung von Battle Groups) muss die EU durch transparente, glaubwürdige Darlegung ihrer Lagebeurteilung und ihrer friedenspolitisch relevanten Strategien entgegenwirken» (144). Aber auch mit dieser einschränkenden Bemerkung zeigt die Denkschrift nur, dass sie die EU-Militarisierung nicht grundsätzlich in Frage stellt, sondern, im Gegenteil, sie nur besser verkauft sehen möchte.

Wenn nun aber die fehlende Transparenz gewollt wäre? Taktvoll vermeidet die Denkschrift, auf den *EU-Verfassungsvertrag* einzugehen. Er sollte unser friedensorientiertes Grundgesetz ersetzen, nun tritt er nach der Ablehnung der Verfassung durch die französischen und niederländischen BürgerInnen nur als sog. Reformvertrag in Kraft, bei dem die Zustimmung der Bevölkerung – ausser in Irland – umgangen werden wird. Haben die Mitglieder der Kammer nicht gelesen, was in dem Verfassungsvertrag stand und was jetzt unter anderem Namen europäisches Recht werden soll? Hier einige Beispiele:

»Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Es wird eine Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung (Europäische Verteidigungsagentur) eingerichtet, deren Aufgabe es ist, den operativen Bedarf zu ermitteln und Massnahmen zur Bedarfsdeckung zu fördern, zur Ermittlung von Massnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Grundlage des Verteidigungssektors beizutragen» (Art. 1.41). Es ist nicht uninteressant

zu sehen, dass in einem früheren Entwurf der Verfassung Klartext stand: «Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten». Weil das denn wohl zu deutlich klang, wurde der Begriff durch die obige blumenreiche Verschleierungsformulierung ersetzt, an der die EKD-Denkschrift dann auch keinen Anstoss nahm, obwohl der Sinn deutlich sein sollte.

Weiter heisst es im Abschnitt über die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Art. III-309: »Die in Art. I-41 Absatz 1 vorgesehenen Missionen, bei deren Durchführung die Union auf zivile und militärische Mittel zurückgreifen kann, umfassen gemeinsame Abrüstungsmassnahmen, humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung, Aufgaben der Konfliktverhütung und der Erhaltung des Friedens sowie Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschliesslich Frieden schaffender Massnahmen und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten. Mit allen diesen Missionen kann zur Bekämpfung des Terrorismus

beigetragen werden, unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung des Terrorismus...»

Was das bedeutet, kann man unschwer an den Strategieentwicklungen und faktischen Kriegen seit 1990 ablesen. Die NATO hat sich, wie gesagt, bereits das Recht der Selbstmandatierung genommen. Auch Angriffskriege wie gegen das ehemalige Jugoslawien und Afghanistan sind nun in Europa vertragsmässig legitimiert. So wird man sich wahrscheinlich auch bald der Präventivkriegsstrategie der USA anschliessen. Der französische Präsident hat sich im Fall Irans ja bereits in dieser Richtung geäussert. Und die Think Tanks der deutschen Politik, das «Centrum für angewandte Politikforschung» (CAP) und die Bertelsmann Stiftung haben bereits in ihrem Strategiepapier «Eine Europäische Verteidigungsstrategie» (EVS) vorgesehen: «...weltweite Präventivmissionen, um terroristische Angriffe, möglicherweise mit Massenvernichtungswaffen, in Europa oder auf europäische Interessen abzuwehren».

Auch wird in dem EU-Vertrag das

*Nahrungsmittelkrise:
«'tschuldigung, ich
bin daran, die Welt zu
retten»; Chapatte am
15. April 2008 in der
«International Herald
Tribune».*

Recht unseres Parlaments und des Bundesrats abgeschafft, die letzte Entscheidung über militärische Einsätze (durch EU-Truppen) zu fällen. Das Europäische Parlament wird zu den Entscheidungen des Europäischen Rates, also der Exekutive, nur angehört. Damit wird das deutsche Grundgesetz ausgehebelt und die Demokratie schwer gefährdet.

Militärfreundliche Haltung aus Tradition

Das Verschweigen dieser theologisch und verfassungsmässig höchst gefährlichen europäischen Entwicklungen in der Denkschrift ist für kirchliche Verhaltensweisen in diesem Zusammenhang freilich nicht ungewöhnlich, wenn man auf das Problem der Bundeswehr schaut (vgl. auch 148ff.). In Deutschland geschah die Abkehr vom Grundgesetz in dieser Frage zum ersten Mal 1992. Nach der entsprechenden Änderung der NATO-Strategie legte der damalige Verteidigungsminister Rühle dem Verteidigungsausschuss ein Grundlagenpapier zur «Neugestaltung der Bundeswehr» vor. Danach gehören zu den deutschen Sicherheitsinteressen u.a.:

- «Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität
- Aufrechterhaltung des freien Welt Handels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen».

Diese grundgesetzwidrige Wende von der Verteidigungsarmee zur imperialen Schutzmacht für Wirtschaftsinteressen haben die deutsche Bevölkerung und Kirche seither verschlafen. Damals protestierte nur Pax Christi mit der Erklärung «Die Bundeswehr wird zum Sicherheitsrisiko». Auch die Denkschrift nimmt diese Wende einfach als Faktum an, ohne sie prinzipiell zu hinterfragen – und dies, obwohl die Bundesrepublik nachweislich die treibende Kraft hinter der Militarisierung der EU ist, offensichtlich um die eigenen Expansionsinteressen mit Hilfe des parlamentarisch nicht kontrol-

lierten Raums besser durchsetzen zu können. Bei Bundeskanzlerin Merkel klingt das so: «Die Fähigkeit, deutsche Interessen durchzusetzen, auch militärische Kapazitäten aufzubauen, hängt ganz wesentlich von unserer Wirtschaftskraft ab. Deshalb muss deutsche Politik den Prozess der wirtschaftlichen Reformen entschieden fortsetzen, weil daraus auch die Kraft für aussen- und sicherheitspolitischen Gestaltungsraum erwächst.»⁶ Dabei wird nebenbei auch deutlich, wie sehr der Sozialabbau in Deutschland direkt mit der Koppelung von neoliberaler Wirtschaftspolitik und imperialer Aufrüstung zusammenhängt – ganz zu schweigen von den über 1 Billion US\$ Militärausgaben weltweit pro Jahr, von denen ein Bruchteil alle sozialen Probleme der Welt lösen und so Frieden stiften könnte. Warum redet die Denkschrift angesichts so gravierender Herausforderungen so angepasst?

In der gegenwärtigen Situation imperialer Kriege des Westens um wirtschaftlicher Interessen willen müsste die Position der Kirche – nach ihren eigenen theologischen Kriterien und grundgesetzlich begründet – heissen: Für Christen besteht bei diesem Stand der Dinge die Pflicht zur Kriegsdienstverweigerung – ganz abgesehen von den verschiedenen Positionen der prinzipiellen Pazifisten und der unter klaren Kriterien zum Kriegsdienst Bereiten.

Kleiner Fortschritt

Wenigstens einen konkreten Schritt tut die Denkschrift über bisherige deutsche kirchliche Positionen hinaus, wenn sie feststellt: «Aus der Sicht evangelischer Friedensethik kann die Drohung mit Nuklearwaffen heute nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden» (162). Sie fügt aber gleich hinzu: «Es bleibt allerdings umstritten, welche politischen und strategischen Folgerungen aus dieser gemeinsam getragenen friedensethischen Einsicht zu ziehen sind» – womit wir wieder bei der ge-

wohnten Ausgewogenheit wären. Nicht einmal die nukleare Teilhabe unseres Landes wird thematisiert. Und wo bleibt der Aufschrei gegenüber den «Mini-Nukes» und atomaren Bunkerbomben, die die USA entwickeln, um auch Atomkriege «führbar» zu machen?

Erfreulich ist, dass die Denkschrift deutlich dafür eintritt, die *zivile Konfliktbearbeitung* auszubauen (170ff.). Es fehlt aber bei der Behandlung der Rolle Deutschlands und der EU im Zusammenhang der Umsetzung dieses Ziels der Vergleich zwischen den Ausgaben für Militär und Kriegführung einerseits und den Mitteln für zivile Konfliktbearbeitung andererseits. Die lächerlich winzigen Mittel für zivilen Friedensdienst zeigen nämlich die eigentliche Tendenz per negationem: Ausbau der EU zu einem Subimperium in teilweiser Konkurrenz und teilweiser Kooperation mit den USA. Der Satz: «Noch kann nicht davon die Rede sein, dass sich die politische Gesamtausrichtung von der Perspektive der zivilen Konfliktbearbeitung leiten lässt» (177) ist eine reine Beschönigung. Hier müssten die Kirchen in ökumenischer Gemeinschaft prophetisch die Wahrheit sagen und die imperialistische Politik des Westens klar beim Namen nennen.

Und selbst der folgende Satz hängt in der Luft, weil die Ursachenanalyse als Basis für realistische Gegenstrategien im Bündnis mit den sozialen Bewegungen fehlt und darum keine Akteure genannt werden: «Die gewaltträchtige Situation skandalös grosser und immer weiter wachsender Unterschiede in den Lebensbedingungen der Menschen im Norden und Süden muss entschlossen überwunden werden» (184). Geradezu den Bock zum Gärtner macht die Denkschrift, wenn sie meint: «Die vorhandene Nachfrage nach seltenen Rohstoffen sollte friedenspolitisch so genutzt werden, dass Gewaltspiralen unterbrochen werden und verantwortliche Staatsführung Unterstützung findet» (191). Wer hat denn seit den

1950er-Jahren durch Geheimdienste und Kollaborateure zahlreiche Militärdiktaturen eingesetzt, um Märkte und Rohstoffe zu sichern, und wer hat direkt militärisch interveniert bis hin zum Irakkrieg, wenn nicht der Westen?

Wenn dieser Kritik entgegengehalten werden sollte, von einer Denkschrift seien nur Analyse und allgemeine Kriterien für das Handeln, nicht aber prophetische Aktualisierung zu erwarten, dann wäre zu antworten: 1. Situationsbeschreibungen sind noch keine Analyse und 2. sollte der Rat der EKD (vielleicht zusammen mit den katholischen Bischöfen) einen partizipatorischen Konsultationsprozess zur Kritik der neoliberal-imperialen Politik und Wirtschaft in Deutschland und der EU als Ursache des Unfriedens organisieren. Nicht nur das Leben zahlloser Menschen und der von Gott geschenkten Erde, sondern auch die Glaubwürdigkeit der Kirche stehen heute auf dem Spiel. ●

¹ Die Dokumente sind veröffentlicht in: Kairos Europa (Hg.), 2005a, Kirchen im ökumenischen Prozess für gerechte Globalisierung – Von Winnipeg 2003 über Accra 2004 nach Porto Alegre 2006, Heidelberg. (Heft 2); 2005b, Alternative Globalisierung im Dienst von Menschen und Erde. AGAPE-Hintergrunddokument zur 9. Vollversammlung des ÖRK in Porto Alegre 2006 (Heft 3); 2006.

² Vgl. u.a. Johnson, Chalmers, 2004, *The Sorrows of Empire: Militarism, Secrecy, and the End of the Republic*, Henry Holt & Co., New York, S. 4.

³ Vgl. Duchrow, Ulrich/Hinkelammert, Franz, (2002) 2005, 2. Aufl., *Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums*, Publik-Forum, Oberursel, Kap. 1.

⁴ Vgl. z.B. Horsley, Richard A., 2003, *Jesus and Empire: The Kingdom of God and the New World Disorder*, Fortress Press, Minneapolis.

⁵ Vgl. Rieger, Joerg, 2007, *Christ and Empire: From Paul to Postcolonial Times*, Fortress, Minneapolis.

⁶ Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2005, vgl. ebd. S. 133.